

Die schwarze Liste der Ukraine - Kritiker als "Informationsterroristen" und "Kriegsverbrecher"

9 Aug. 2022 22:01 Uhr

Kritiker der ukrainischen Politik werden fortan auf einer internationalen schwarzen Liste aufgeführt und müssen damit rechnen, als "Informationsterroristen" und "Kriegsverbrecher" verfolgt zu werden. Zu den dort Gelisteten zählen neben dem Autor auch Alice Schwarzer sowie Politiker und ranghohe Geheimdienstbeamte unterschiedlicher Staaten. Welche Form wird die Verfolgung Andersdenkender noch annehmen?



Quelle: Gettyimages.ru © Serhii Nuzhnenko/Pacific Press/LightRocket via Getty Images

Symbolbild: Trauerfeier auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz für Alexander Ilnizki, der Mitglied der Polizeisondereinheit "Mirotworez" ("Friedensstifter") gewesen war und im Konflikt in der Ostukraine ums Leben kam, 11. Januar 2016

Eine Stellungnahme von Wolfgang Bittner

Das ukrainische Zentrum zur Desinformationsbekämpfung (CCD) hat eine schwarze Liste veröffentlicht, auf der 72 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens stehen, die sich zum Ukraine-Konflikt geäußert haben und angeblich "Narrative fördern, die mit der russischen Propaganda übereinstimmen". Das [CCD](#) untersteht dem Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski. Die [Liste](#) mit Fotos ist im Internet einsehbar.

Genannt werden unter anderem der Politikwissenschaftler an der Universität von Chicago und Analyst für internationale Beziehungen, John J. Mearsheimer; der ehemalige CIA-Offizier und Mitbegründer der

"Veteran Intelligence Professionals for Sanity", Ray McGovern; der ehemalige Senator und Leiter der Strafrechtsabteilung der US-Armee im Pentagon, Richard Black; der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich; die Journalistin und *Emma*-Herausgeberin Alice Schwarzer; die Parteivorsitzende der Bürgerrechtsbewegung Solidarität und Gründerin des Schiller-Instituts, Helga Zepp-LaRouche; der Schweizer Ex-Geheimdienstoffizier und Autor Jacques Baud; der ehemalige Generalsekretär des "Congress of South African Trade Unions" und Minister im Post-Apartheid-Kabinett von Präsident Nelson Mandela, Jay Naidoo.

Als ich vor Kurzem erfuhr, dass auch ich auf dieser Liste der angeblichen Feinde der Ukraine stehe, war ich überrascht und ratlos, aufgrund der Reaktionen in meiner Umgebung auch beunruhigt. Scott Ritter, ehemaliger Geheimdienstoffizier des Marine-Corps und UN-Waffeninspekteur, der ebenfalls auf der CCD-Liste steht, schrieb dazu in einem [offenen Brief](#) an US-Kongressabgeordnete:

"Als Bürger meines Wahlkreises, dessen Name auf einer vom ukrainischen Zentrum für Desinformationsbekämpfung veröffentlichten sogenannten 'schwarzen Liste' steht, wurde und wird mein persönliches und berufliches Leben nachteilig beeinflusst durch die abschreckende Wirkung, als 'russischer Propagandist' bezeichnet zu werden, nur weil ich das von der Verfassung der Vereinigten Staaten garantierte Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnehme. Darüber hinaus hat die Ukraine in der Vergangenheit 'schwarze Listen' dieser Art in 'Tötungslisten' umgewandelt, so dass diejenigen, die sich gegen die Politik der ukrainischen Regierung aussprechen, ermordet oder mit Gewalt bedroht werden."

Der Leiter des ukrainischen Zentrums zur Desinformationsbekämpfung, Andrei Schapowalow, dessen Gehalt angeblich aus US-Steuergeldern bezahlt wird, berief am 14. Juli 2022 in Kiew einen Runden Tisch zum Thema der Bekämpfung von Desinformation ein. Bei dieser Gelegenheit bezeichnete er die Personen auf der schwarzen Liste als "[Informationsterroristen](#)", die damit rechnen müssen, als "Kriegsverbrecher" verfolgt zu werden. Beteiligt war der U.S. Civil Research and Development Fund (CRDF Global Ukraine), eine vom US-Kongress autorisierte und vom US-Außenministerium unterstützte Organisation zur Förderung der internationalen wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit. Wie bekannt wurde, nahmen Beamte des US-Außenministeriums an dem Runden Tisch teil.

Es ist also davon auszugehen, dass die Diskriminierung und Verfolgung von Kritikern der ukrainischen und der amerikanischen Ukraine-Politik mit Unterstützung von US-Behörden stattfindet. Das ist ein Skandal, welcher der Öffentlichkeit bedarf. Zwar befinde ich mich auf dieser Liste der "Informationsterroristen und Kriegsverbrecher" in guter Gesellschaft. Aber dass ein europäischer Staat, dessen Regierung sich demokratisch nennt, so etwas offen und unangefochten im Einvernehmen mit US-Behörden tun kann, ist eine Schande.

Die ukrainischen Faschisten und ihre Helfer kennen offensichtlich keine Hemmungen mehr, und sie werden schon seit Jahren von den westlichen Regierungen, insbesondere der US-amerikanischen, britischen und der deutschen, bestätigt und unterstützt, ihre Verbrechen werden systematisch verschwiegen. Aber mit dieser schwarzen Liste entlarven sich meines Erachtens die Denunzianten und Kriegstreiber selbst.

Es ist nicht hinzunehmen, dass hier unter den Augen der Weltöffentlichkeit Staatsterrorismus betrieben wird. Die Verfolgung von Kritikern und Oppositionellen durch ukrainische Regierungsorganisationen muss sofort gestoppt werden. Die Bundesregierung ist aufgefordert, bei der Regierung Selenski Protest gegen die Diskriminierung deutscher Staatsangehöriger, zu denen auch der SPD-Fraktionsvorsitzende gehört, einzulegen und alle Hilfe für die Ukraine einzustellen. Die Liste des CCD muss unverzüglich gelöscht werden.

Es bleibt abzuwarten, ob das geschieht und wie sich die Angelegenheit weiter entwickelt. Da hier namhafte Persönlichkeiten aus der ganzen Welt verfolgt werden, wird das international nicht einfach zu ignorieren sein. Die politische Lage ist entsetzlich, und die Verfolgung Andersdenkender in Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg nimmt Formen eines ungebremsten Faschismus an. Doch die ukrainische Regierung kann nicht damit rechnen, dass sich die angegriffenen Personen einschüchtern lassen.

Der Schriftsteller und Publizist Dr. jur. Wolfgang Bittner lebt in Göttingen. Von ihm erschienen 2014 "Die Eroberung Europas durch die USA", 2019 "Die Heimat, der Krieg und der Goldene Westen" sowie "Der neue West-Ost-Konflikt" und 2021 "Deutschland – verraten und verkauft. Hintergründe und Analysen".

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.